

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

AG DOK Berlin/Brandenburg

Per Mail an: agdok-berlin@agdok.de

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01
Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 18. Juni 2021

Betr. Wahlprüfstein von AG DOK Berlin/Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von AG DOK Berlin/Brandenburg. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

1. Geringer Anteil an Filmförderung des Medienboard Berlin- Brandenburgs für Dokumentarfilme. wenige alternative Förderprogramme für Dokumentarfilme

Frage 1: Welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie, um Anteil und Vielfalt von Dokumentarfilmen in der Filmförderung zu erhöhen?

DIE LINKE Berlin ist dafür, dass der Dokumentarfilm besser gefördert wird. Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie eine Umverteilung der Mittel innerhalb des Medienboards, die Aufstockung des Medienboard-Budgets um Mittel speziell zur stärkeren Förderung dokumentarischer Formen oder außerhalb des Medienboards die Schaffung eines neuen eigenen Förderprogramms für den Dokumentarfilm. Wichtig ist, sich damit auseinanderzusetzen, welche Vorteile und Nachteile jede mögliche Förderoption hat. Auch eventuelle Hindernisse, die sich bei der Umsetzung ergeben können, sollten diskutiert werden. Aus diesem Grund darf keine Option vorschnell ausgeklammert werden, sondern sollte im Dialog zwischen AG DOK und der Politik unter Beteiligung des Medienboards und weiterer Beteiligter entwickelt werden. DIE LINKE Berlin will dafür gerne an bisherige Gespräche anknüpfen.

2. Optionen für andere Förderpraxis

Frage 2: Welche dieser Optionen erachten Sie für gangbar? Bitte erläutern Sie uns ggf. andere Optionen, falls Sie zu den genannten Wegen Alternativen sehen.

Wie in der Antwort auf Frage 1 dargestellt, sehen wir genau diese drei Optionen: die Aufstockung des Medienboard-Budgets um Mittel speziell zur stärkeren Förderung dokumentarischer Formen

oder außerhalb des Medienboards die Schaffung eines neuen eigenen Förderprogramms für den Dokumentarfilm. Der Austausch darüber wurde zwischen der AG DOK und der parlamentarischen Vertretung der LINKEN im Abgeordnetenhaus in der zu Ende gehenden Wahlperiode begonnen und sollte intensiviert werden.

3. Stärkung von dokumentarischen Arbeiten jenseits von Marktzwängen

Frage 3: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um eine Filmförderung zu gewährleisten, die Arbeitsweisen in der heutigen Dokumentarfilmlandschaft in unserer Region gerecht wird, z.B. das Zulassen eines ergebnisoffenen Arbeitens?

DIE LINKE Berlin unterstützt das Ziel, Dokumentarfilmprojekte weniger an wirtschaftlichen Verwertungskriterien auszurichten. Dokumentarfilm ist Kunst. Dokumentarfilme zeigen ein Stück der Welt. Sie schaffen mit ihren oft gesellschaftskritischen Ansätzen Öffentlichkeit für verschiedenste Themen unserer diversen Gesellschaft und ermöglichen so wichtigen öffentlichen Diskurs. Zugleich entziehen sie sich gerade dadurch oftmals ökonomischen Verwertungskriterien. Diesen Zielkonflikt gilt es zu berücksichtigen.

Geeignete Bedingungen für eine verbesserte Dokumentarfilmförderung müssen in Förderrichtlinien verankert sein. Sie sind damit Teil der Überlegungen, wo eine Förderung angesiedelt und wie sie ausgestaltet sein muss. Die Förderung ergebnisoffenen Arbeitens ist dabei eine Option, die den Druck, unter dem Dokumentarfilmer:innen stehen, verringern, eine bessere künstlerische Arbeit ermöglichen und größere soziale Sicherheit bringen kann.

Frage 4: Wie kann durch niederschwellige Fördervoraussetzungen (z.B. kein Sender- oder Verleihzwang) die Produktion von dokumentarischen Formaten so gefördert werden, dass kulturelle Diversität, Meinungspluralität, sowie der demokratischen Diskurs unterstützt werden?

DIE LINKE Berlin unterstützt die generelle Forderung der AG DOK nach Förderungsoptionen, die den Charakteristika von Dokumentarfilmen mehr entgegenkommt. Wie bereits dargestellt, sollten geeignete Fördervoraussetzungen in einem gemeinsamen Dialog aller Beteiligten entwickelt werden. DIE LINKE Berlin knüpft dabei gerne an die bisherigen Gespräche mit der AG DOK an.

Zudem erzwingt die derzeitige Verleihförderung eine Standard-Kinoauswertung und unterstützt nicht das Abspielen in alternativen, zielgruppenaffinen Orten. Das Kino bleibt als Auswertungsort auch für Dokumentarfilme wichtig. Jedoch werden überzeugende digitale Konzepte, kuratierte Veranstaltungsreihen oder andere kreative Ideen, wie zum Beispiel ambulante Kinotouren, finanziell nicht unterstützt.

Frage 5: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Förderung von alternativen Abspielmöglichkeiten neben der Kinoauswertung zu stärken, damit dokumentarische Werke von möglichst breiten Bevölkerungsschichten rezipiert und diskutiert werden können?

Durch die Digitalisierung erleben wir einen schnellen medialen Wandel. Die Coronapandemie hat zusätzlich auch im Filmsektor als Transformationsbeschleuniger hin zu kreativen digitalen Abspielmöglichkeiten gewirkt. Nutzer:innengewohnheiten ändern sich. Das bringt die Notwendigkeit, aber auch die Chance veränderter und anderer Abspielmöglichkeiten mit sich, die sich mit den Nutzungsgewohnheiten entwickeln. Gerade Dokumentarfilme eignen sich für eine

medienübergreifende, crossmediale Auswertung eher als fiktionale Stoffe. Förderbedingungen dürfen sich dieser Entwicklung nicht verschließen.

4. Best Practice Beispiele in anderen Kunstsparten – Ideengeber für die Dokumentarfilmförderung?

Frage 6: Welche Möglichkeiten sehen Sie, aus dieser Best Practice Impulse für eine Förderung der Produktion und Verbreitung von Dokumentarfilmen zu ziehen?

Das Beispiel Musicboard Berlin ist eine Erfolgsgeschichte. Zwar ist die Musikbranche nicht vergleichbar mit der Filmbranche, dennoch kann das Musicboard wichtige Impulse geben. Zudem wird euch hier deutlich, dass eine Bündelung der Zuständigkeiten in der Kulturverwaltung inhaltlich sinnvoll ist und Synergieeffekte mit sich bringen kann.

Frage 7: Wie können Erfolgskriterien entwickelt werden, die weniger auf finanziellen Erfolg des Einzelprojekts als auf die positive Auswirkung auf das vielfältige Dokumentarfilmschaffen insgesamt zielen?

s.o.

5. Transparente Fördervergabe

Frage 8: Inwiefern entspricht das Intendantenmodell ihrem Verständnis demokratischer Meinungsfindung?

Die Intendanz des Medienboards ist geprägt von einer hohen fachlichen Kompetenz. Zudem fließen fachliche Expertise aus dem Medienboard in die Förderentscheidungen ein. Dennoch ist künftig mehr Transparenz anzustreben.

Frage 9: Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Entscheidungsfindung transparenter zu gestalten?

Welche Möglichkeiten konkret geeignet sind, sollte Gegenstand eines Dialogs von Filmschaffenden, Medienboard und Politik sein.

Frage 10: In der Vergangenheit verfügte das Medienboard über einen Fachbeirat, in dem auch die AG DOK vertreten war. Wie stehen Sie zu der Wiedereinführung eines solchen Beirates?

Ein Gremium, das die Fachkompetenz von verschiedenen Vertreter:innen der Filmbranche außerhalb des Medienboards in dessen Förderpolitik einfließen lässt, ist sinnvoll.

6. Rundfunk Berlin-Brandenburg rbb als Player in der hiesigen Förderlandschaft

Frage 11: Wie stehen Sie zu dieser Praxis, sollte sie zur Anwendung kommen?

DIE LINKE Berlin hat diese Änderung in den Gesprächen zur Novelle des rbb-Rundfunkstaatsvertrags abgelehnt. Sie wird sie auch nach Wiederaufnahme der verschobenen Novelle weiter ablehnen.

7. Klare Politische Zuständigkeit für Film und Medien

Frage 12: Wie stellen Sie sich eine optimale filmpolitische Zuständigkeitszuordnung vor?

Film ist Kultur. DIE LINKE Berlin befürwortet es inhaltlich, die kultur- und medienpolitische Kompetenz in einem Ressort zu bündeln. Eine Ressortvereinigung der Bereiche Kultur, Film, Medien wie auch Kreativwirtschaft in der Senatsverwaltung für Kultur und Europa ist fachlich und für die Filmschaffenden sinnvoll. Während der Pandemie hat unter anderem die Soforthilfe IV für Unternehmen im Medien- und Kulturbereich exemplarisch gezeigt, dass gemeinsame Strukturen für den Kulturbereich und Medienbereich Vorteile bringen.

Bei den Überlegungen ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Senatskanzlei wegen ihrer Kompetenzen für Berlin-Brandenburger Themen und Staatsverträge für Medienpolitik zuständig ist. Nicht nur aufgrund der langen Tradition des Filmstandorts Berlin-Brandenburg, sondern auch wegen der gemeinsamen Rundfunkanstalt rbb und der Medienanstalt Berlin Brandenburg spielt die enge Kooperation mit Brandenburg eine große Rolle. DIE LINKE Berlin sieht das aber nicht als Ausschlusskriterien an.

Frage 13: Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um diese umzusetzen?

Dass DIE LINKE Berlin eine Bündelung von Kultur und Medien in einer Senatsverwaltung für Kultur, Medien und Kreativwirtschaft befürwortet, haben wir in der Antwort auf Frage 12 betont. Das sieht auch der Kultursenator und Spitzenkandidat der LINKEN Berlin, Klaus Lederer, so. Diese Position werden wir auch nach den Wahlen vertreten.

Weder DIE LINKE Berlin, noch eine andere Partei kann das angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Berlin alleine umsetzen. Es ist abhängig von einer künftigen Regierungskonstellation und der Stärke der einzelnen Koalitionspartner. Deshalb wäre es fahrlässig, nur auf einen 'Plan A' zu setzen. Sollte die Bündelung in einem Ressort politisch keine Mehrheit finden, kann als weitere Variante gemeinsam mit den Filmschaffenden die Schaffung einer "One Stop Agency" in der Verwaltung als Option geprüft werden. Eine solche Stelle kann als zentrale Ansprechpartnerin nach außen, an die sich Filmschaffende wenden können, fungieren. Intern übernimmt sie die Koordination zwischen unterschiedlichen Senatsverwaltungen oder Referaten.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch